

Island und die Europäische Union

Mehr als eine Affäre?

Meike Stommer

Island, EU, Finanzkrise, Wahlen

2008 wurde Island zum Symbol der globalen Finanzkrise. Das isländische Bankensystem war zusammengebrochen, fast wäre ein Staatsbankrott gefolgt. Diese Schreckensmeldungen hatten dem Land und seiner Politik zu trauriger Berühmtheit verholfen. Das politische System wurde reformiert. Heute wird diskutiert, ob die Zukunft Islands in der Europäischen Union liegt.

Die Wirtschaftskrise im Jahr 2008 veränderte Islands Position zur EU drastisch, eine neue diesbezügliche Debatte wurde ausgelöst.¹ Die Angliederung des Landes an Europa war bis dahin jahrzehntelang einem Modus der Assoziierung gefolgt, nach dem Ende des Kalten Krieges durch die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) geprägt, in dessen Folge die Kapitalfreiheit eingeführt wurde, und am Schengener Abkommen. Lange war Island das einzige nordische Land, das sich nie um eine EU-Mitgliedschaft beworben hatte.² Im Zuge der isländischen Finanzkrise musste nun nach heftigen Bürgerprotesten die Regierung zurücktreten. Bei den vorgezogenen Wahlen im Frühjahr 2009 waren EU und Euro wichtige Streitthemen.

Die konservative Unabhängigkeitspartei erzielte mit 23,7 Prozent der Stimmen das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte. Die Partei war über Jahrzehnte hinweg die führende politische Kraft des Landes gewesen und die Bevölkerung gab ihr die Schuld an der Krise. Der langjährige Parteivorsitzende und Ministerpräsident Davið Oddsson galt als Verfechter der Privatisierung und Liberalisierung der isländischen Wirtschaft; er hatte insbesondere die Privatisierung der Banken Islands befördert. Ab 2005 war er Chef der isländischen Zentralbank.³ Seine Partei schnitt bei den Wahlen aber auch deshalb



Dr. Meike Stommer,
geb. 1981,
wiss. Mitarbeiterin von
Sören Bartol MdB.
meikestommer@web.de

1 Vgl. Þórhallsson 2010, S. 199 sowie Guðjónsdóttir 2009, S. 3.

2 Vgl. Hálfðanarson 2004, S. 129 sowie Stommer 2007.

3 Davið Oddsson ist heute Chefredakteur der isländischen Tageszeitung Morgunblaðið, nachdem ein Gesetz der Übergangsregierung ihn zwang, seinen Platz in der Zentralbank zu räumen. Vgl. Ströbele 2009, Schymik 2009, S. 3 sowie Boerger 2010.

so schlecht ab, weil sie sich gegen eine EU-Mitgliedschaft stellt. Die sozialdemokratische Allianz (29,8 Prozent) und die Links-Grünen (21,7 Prozent) gingen als Sieger aus der Wahl hervor. Der Stimmenanteil der Links-Grünen war im Vergleich zu 2007 deutlich gestiegen; sie ist die einzige isländische Partei, die „keine politische Verantwortung für das Entstehen der Krise hat“.⁴ Die Große Koalition von Sozialdemokraten und Konservativen wurde von einer linken Regierung unter Ministerpräsidentin Jóhanna Sigurðardóttir abgelöst, was einem „politischen Erdbeben“ gleichkommt: Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes gibt es heute eine linke Mehrheit im isländischen Parlament, dem Althing.⁵

Die sozialdemokratische Allianz machte eine EU-Bewerbung des Landes zur Voraussetzung einer Koalition, auch wenn die Links-Grünen dagegen sind. In der Koalitionsvereinbarung wurden daher die unterschiedlichen Interessen der beiden Parteien berücksichtigt: Es wurde das Recht formuliert, sich der Parteieinstellung entsprechend in der öffentlichen Diskussion zu positionieren.⁶ Nach langer, erbitterter Debatte im Parlament und einer schwierigen Abstimmung bewarb sich Island im Juli 2009 um eine EU-Mitgliedschaft.⁷ Auf dem EU-Ratsgipfel im Juni 2010 wurde dem Land der offizielle Kandidatenstatus zugesprochen, die Verhandlungen begannen im folgenden Monat, doch über den EU-Antrag herrschte zu keiner Zeit politischer Konsens im Lande. Heute, drei Jahre danach, stehen

Island in Daten		
Offizieller Ländername	Ísland	
Einwohner	319.500 (Deutschland: 82 Mio.)	
Fläche	103.000 km ² (Deutschland: 349.000 km ²)	
Bevölkerung	94 % Isländer, 6 % Ausländer	
Hauptstadt	Reykjavík	
Staatsform	Republik	
Staatsoberhaupt	Ólafur Ragnar Grimsson	
Regierungschefin	Jóhanna Sigurðardóttir	
Religionen	80 % evangelisch-lutherisch (Staatskirche), 5 % freikirchlich, 3 % katholisch	
BIP pro Kopf 2010 im regionalen Vergleich (in Euro, gerundet)	Island:	30.400
	Norwegen:	65.700
	Schweden:	37.600
	Irland:	35.500
	Vereinigtes Königreich: 28.000 (Deutschland: 30.300)	

Quelle: Auswärtiges Amt, Statistisches Bundesamt, Statistics Iceland

4 Blöndal 2009, zitiert nach Ströbele 2009.

5 Vgl. Schymik 2009, S. 3 sowie Þórhallsson 2010, S. 206.

6 Vgl. Samstarfsyfirlýsing ríkisstjórnar (Koalitionsvereinbarung der Regierung) 2009.

7 33 Parlamentsmitglieder stimmten für die Bewerbung, 28 dagegen und zwei enthielten sich. Die sozialdemokratische Allianz stimmte als einzige Partei geschlossen für den Antrag. Alle anderen Parteien, inklusive der regierungsbeteiligten Links-Grünen, waren bezüglich des Themas gespalten.

alle Ampeln bezüglich einer isländischen EU-Mitgliedschaft auf Rot. Während die EU von Finanzkrise zu Finanzkrise stolpert und schon länger nicht mehr als „sicherer Hafen“ gilt, hat Island sich sehr gut erholt. Gerade die schwache Währung, die zu den Hochzeiten der Krise noch als Hauptargument für die EU-Mitgliedschaft angeführt wurde, hat Islands wichtigsten Wirtschaftszweigen, der Fischerei und dem Tourismus, gute Wachstumsraten in den vergangenen Jahren beschert.

Man will nicht mehr so recht

Die Verhandlungen zwischen Island und der EU liefen bisher durchaus flüssig, doch nun steht mit dem Kapitel der Gemeinsamen Fischerei- und Landwirtschaftspolitik das mit Abstand schwierigste Thema auf der Agenda. Den sonst teilweise geringen Verhandlungsbedarf erklärt der Umstand, dass Island durch seine Mitgliedschaft im EWR und im Schengener



Ministerpräsidentin
Jóhanna Sigurðardóttir

Abkommen bereits eine hohe Integrationsstufe erreicht hat. Als langjähriges Mitglied des Binnenmarktes hat das Land schon einen signifikanten Teil der europäischen Gesetzgebung in nationales Recht übernommen, vieles Weitere wird aber von den genauen Bedingungen einer Vollmitgliedschaft abhängen. Meinungsumfragen machen jedoch deutlich, dass der Widerstand gegen eine solche EU-Mitgliedschaft unter den Isländern wächst. So zeigte eine Umfrage vom Januar dieses Jahres, dass 43,6 Prozent die Idee einer Rücknahme des Beitrittsesuches unterstützen. 56,2 Prozent stehen einer EU-Mitgliedschaft negativ gegenüber, 26,3 Prozent positiv. Im Mai 2008 waren diese Zahlen noch in umgekehrter Richtung nahezu identisch.⁸

Auch haben die Isländer vor Kurzem einen neuen, alten Präsidenten gewählt: Ólafur Ragnar Grímsson, den meisten bekannt durch seine beiden Vetos gegen das sogenannte Icesave-Gesetz, tritt nun seine fünfte Amtsperiode an. Galt er schon jeher als EU-Skeptiker, so artikulierte er im Präsidentschaftswahlkampf deutlich seinen Widerstand gegen eine EU-Mitgliedschaft, und auch seine Mitbewerberin Þóra Anórsdóttir gab mit ihrer Frage

8 Damals standen einer Mitgliedschaft des Landes 51,6 Prozent positiv, 26,5 Prozent negativ gegenüber. Vgl. zu den Umfragedaten Capacent Gallup 2012.


„Wer möchte sich schon in einem brennenden Hotel einmieten?“ die Stimmung vieler Isländer gut wieder. Die beiden EU-Gegner erreichten zusammengenommen 85 Prozent der Stimmen. Auch sind im kommenden Frühjahr Parlamentswahlen und laut Umfragen liegen die Konservativen vorne. Sollten diese die Wahl gewinnen, dürften sie wohl die Bewerbung zurückziehen und damit der EU-Beitrittsdebatte den „Todesstoß“ versetzen.⁹

Vor diesem Hintergrund wirkt die kürzlich vom isländischen Außenminister Össur Skarphéðinsson in Brüssel getätigte Aussage, er sehe zunehmendes Verständnis zwischen Island und Europa, wie eine Farce. Außerdem ist im Anschluss an die Verhandlungen mit der EU eine Volksabstimmung vorgesehen. Diese hat zwar keinen rechtlich verbindlichen Charakter, die Politiker werden sich jedoch nicht gegen deren Ausgang stellen. Pessimistisch äußerte sich dazu bereits 2009 der isländische Politikwissenschaftler Eiríkur Bergman Einarsson:



Weiterlesen:
Y. Morozov,
Hotspot Arktis?
WeltTrends 74

Ich sage voraus, dass Island in absehbarer Zukunft nicht in die EU eintreten wird.[...] Das würde vielleicht dann am ehesten geschehen, wenn die wirtschaftliche Situation sich weiter verschlechtert. Dann könnten die Isländer in einem verrückten Moment Ja sagen, aber an einem normalen Tag werden sie Nein sagen.¹⁰

Sollte eine EU-Mitgliedschaft Islands beschlossen werden, müsste eine Änderung der Verfassung erfolgen, da diese eine Abgabe von Souveränität an internationale Institutionen untersagt. Eine derartige Verfassungsänderung erfordert jedoch zwei gleichlautende Beschlüsse des Parlaments mit dazwischenliegenden Wahlen.¹¹ Die Vorzeichen sind folglich heute, vier Jahre nach dem großen Crash in Island, negativ. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die Beziehung Islands zur EU nicht mehr als eine Affäre bleiben wird. 

9 Vgl. Handelsblatt 2012 sowie zur Icesave-Problematik Stommer 2011.

10 „Ég spái því að Island gangi ekki í ESB í fyrirsjáanlegri framtíð. [...] Það væri þá helst ef efnahagsástandið héldi áfram að versna. Þá gætu Íslendingar í augnabliks geðveiki átt það til að segja já, en á venjulegum degi munu þeir segja nei.“ Einarsson 2009, zitiert nach Fréttablaðið 25.09.2009, S. 12.

11 Vgl. Stjórnarskrá Íslands (Die Verfassung Islands) 1944 (Art. 79) sowie Fréttablaðið 17.07.2009, S. 6ff.

Literaturverzeichnis

- Boerger, Philipp: Korruption und Kollaps. Interview vom 13.04.2010. <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1162120/> (abgerufen am 25.04.2010).
- Capacent Gallup: Samtök iðnaraðins – Viðhorf almennings til ESB (Isländischer Industrieverband – Die Einstellung der Bevölkerung zur EU). Reykjavik, Januar 2012. <http://www.si.is/malaflokkar/althjodlegt-samstarf/evropumal/skodanakannanir/> (abgerufen am 10.10.2012).
- Ísland sækir um aðild að Evrópusambandinu (Island bewirbt sich um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union). In: Fréttablaðið, 17.07.2009.
- Segir tóma blekkingu að Noregur standi utan ESB (Sagt, es sei ein Schwindel, dass Norwegen außerhalb der EU stehe). In: Fréttablaðið, 25.09.2009.
- Guðjónsdóttir, Vilborg Á.: Will an economic crisis give Iceland the final push? In: European Union Miami Analysis 9 (2009), S. 3-6.
- Isländer wollen nicht in „brennendes“ Hotel einziehen. In: Handelsblatt, 18.07.2012.
- Hálfðanarson, Guðmundur: Discussing Europe – Icelandic nationalism and European integration. In: Þórhallsson, Baldur (Hrsg.): Iceland and European integration – On the edge. Routledge, London 2004, S. 128–144.
- Þórhallsson, Baldur: The Icelandic crash and its consequences – A small state without economic and political shelter. In: Steinmetz, Robert / Wivel, Anders (Hrsg.): Small states in Europe – Challenges and opportunities. Ashgate, Farnham 2010, S. 199-216.
- Samstarfsyfirlýsing ríkisstjórnar (Koalitionsvereinbarung der Regierung) 2009. http://www.stjornarrad.is/media/Skjol/rikisstjorn_8mai09.pdf (abgerufen am 01.06.2009).
- Schymik, Carsten: Island auf EU-Kurs – Beitritt als Rettungsanker. SWP-Aktuell 24 (Mai 2009).
- Stjórnarskrá Íslands (Die Verfassung Islands). Reykjavík 1944.
- Stommer, Meike: Zwischen Skepsis und Annäherung – Island und die Europäische Integration. In: Nord-europaforum (2), 2007, S. 29-56.
- Stommer, Meike: Icesave, Finanzkrise und Demokratie – Der Fall Island(s). In: Feld, Lars P. u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für direkte Demokratie 2010. Nomos, Baden-Baden 2011, S. 237-255.
- Ströbele, Carolin: Jetzt kommt die Wut geballt heraus. In: Zeit online, 19.02.2009. <http://www.zeit.de/online/2009/05/island-proteste> (abgerufen am 19.02.2009).

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Europa – Die kleine politische Bibliothek

EU-Außenpolitik; Komplexität statt Kohärenz

WeltTrends 59

Geopolitik Ost; Barriere oder Brücke?

WeltTrends 63

Europäische Brüche 39 – 89 – 09

WeltTrends 69

Polen regiert Europa

WeltTrends 78

3 Hefte , ca. 450 Seiten, 15 €

Bei Kauf von 3 Heften zusätzlich eine CD mit *WeltTrends*-Publikationen über die Außen- und Innenpolitik Polens.

bestellung@welttrends.de

Einzelhefte bei amazon, Suchwort „WeltTrends“